

EICHWALDER BÜRGERINITIATIVE FÜR FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT,

Dr. Günter Briese
Stubenrauchstr.71
15732 Eichwalde,
Tel.:0173.6447603
drgbriese@gmail.com

den 6.Februar 2018

Az.: Io + EG

Deutscher Bundestag
- Petitionsausschuß -
Referat Pet1 BMI, BMVI, BMVg, BMWi
Platz der Republik 1
11011 B e r l i n

über E-Mail mail@bundestag.de

Verkehrsflughäfen und Landeplätze, Pet1-19-12-9601-000230
mit Teilbezug auf das Schreiben vom 30.Oktober 2017 i.A. der
EICHWALDER BÜRGERINITIATIVE FÜR FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT
mit dem Titel "Umsetzung europäischen Rechts beim BER-Projekt i.Vbdg.
mit der Umsetzung des Berliner Volksentscheides zur Offenhaltung des
Flughafens Tegel (TXL) und der Sicherung des derzeitigen Berliner
Flughafensystems SXF + TXL";
Ihr Schreiben vom 28.Dezember 2017 unter Beifügung des Schreibens des
Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur vom 19.12.2017

Sehr geehrte Damen und Herren,

bereits der Titel des vorgen. BM-Schreibens läßt erkennen, daß die Petition eine Bürgerinitiativ-Problematik zum Inhalt hat.
Diese betrifft jedoch nicht nur die angeführte Bürgerinitiative, sondern noch zwei weitere Interessengemeinschaften des BER-Umfeldes, welche gemeinsam den Politikerbrief Stand 1.Mai 2017 mit dem Titel "Europäisches Recht ist umzusetzen ..." trug und an alle Exekutiven und Legislativen der BER-Eigner versandt wurde.

Da daraufhin keinerlei Reaktion erfolgte, hatten nachfolgende "Erinnerungsschreiben" der vorgen. Gruppierungen an die Legislativen zum Ziel, endlich eine Sachdiskussion in diesen zu drängenden Problemen des Berliner Flughafensystems zu initiieren.

An den Bundestagspräsidenten erfolgte hierbei zunächst ein Schreiben vom 3.Juli 2017 an Herrn Prof.Dr.Lammert, welchem das vorgen. Schreiben an Herrn Dr.Schäuble folgte.

Das Ziel dieser beiden gemeinsamen Appelle, eine Behandlung der Problematik durch die Abgeordneten des Deutschen Bundestages zu bewirken, konnte mit keinem der Schreiben erreicht werden.

Der Petitionsausschuß sandte uns lediglich eine Antwort aus dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur zu, trotzdem auch Probleme vieler anderer Ministerien angesprochen wurden, und diese Antwort läßt zudem erkennen, daß die an den Bundestagspräsidenten übersandten Schriftstücke vor der Abfassung der Antwort dem Verfasser derselben augenscheinlich gar nicht vorgelegen haben oder aber nicht z.K. genommen wurden.

Da es sich bei dem angesprochenen Schreiben und die bundesministerielle Stellungnahme aus vorgehen. Gründen nicht um meine persönliche Eingabe, sondern nur um eine Bearbeitungs-Erinnerung zu einem gemeinsamen Anliegen dreier Bürgergruppierungen handelt, sehe ich mich nicht veranlaßt, dazu Stellung zu beziehen gem. Aufforderung, und eine Stellungnahme der gen. Bürgergruppierungen ist ebenfalls gem. dem Ergebnis kürzlicher Beratung hierzu ebenfalls nicht zu erwarten, da ja die Bearbeitung durch die Abgeordneten des Deutschen Bundestages zum Politikerbrief noch aussteht, welche aber allein zur Kontrolle der Arbeitsweise der Exekutive befugt sind.

Die einzige Thematik, welche mein Schreiben als persönliche Petition an den Bundestagspräsidenten hätte ausweisen können, nämlich Vorschläge zur EU-Finanz-, -Wirtschafts- und -Steuer-Politik zur Sicherung von Korrelation und Kohäsion in Europa, wurde bisher in keiner Weise angesprochen, so daß eine Klassifizierung als persönliche Petition mit mich als Petenten meinerseits ebenfalls abgelehnt wird.

Ich sehe mich auch nicht als befugt an, die Forderung auf Bearbeitung im Deutschen Bundestag zurückzunehmen, da es sich nicht um eine persönliche Forderung, sondern um eine Forderung von drei Bürgergruppierungen handelt.

Mit freundlichen Grüßen



Dr.-Ing. G. Briese

H i n w e i s : Bezugnehmend auf aktuelle Pressemeldungen, nach welchen die BER-Eigner von Bund und Ländern zu vielerlei Sachgebieten, wie z.B. Kosten und Inbetriebnahme des BER, die FBB-Positionen weder bestätigen noch teilen bzw. öffentlich gegensätzliche Positionen vertreten, gestatte ich mir, Ihnen zur Information die Presse-Mitteilung vom 19. Januar 2018, "Der FBB-Finanzbedarf ist betriebssystemabhängig! - zu "Die Verwirrung um die BER-Milliarden geht weiter. In der Flughafengesellschaft weiß derzeit keiner, was das Projekt kosten wird", MAZ 19. Januar 2018, S.9" beizufügen, aus welcher vielerlei ungelöste Probleme ersichtlich sind. (A n l a g e)